

Pressemitteilung

Hamburg testet Grundeinkommen: Erfolgreiche Anhörung ebnet den Weg zum Volksentscheid im Herbst

Hamburg, 20. Januar 2025 – Die Anhörung im Hamburger Rathaus hat einen wichtigen Meilenstein für den geplanten Volksentscheid „Hamburg testet Grundeinkommen“ gesetzt. Im Sozialausschuss präsentierten die Vertrauenspersonen der Initiative aktuelle Umfrageergebnisse aus Hamburg, internationale Studien und die konkreten Schritte für den weiteren Weg zum Modellversuch.

52% befürworten Grundeinkommen – klares Signal aus Hamburgs Bevölkerung

Die Meinungsumfragen der Humboldt-Universität zeigen, dass eine Mehrheit der Hamburger:innen die Idee eines bedingungslosen Grundeinkommens unterstützt. Laut der repräsentativen Erhebung sprechen sich 52% für die Einführung eines Grundeinkommens aus, während nur 22% dagegen sind. Zudem empfinden 58% das Thema als wichtig oder sehr wichtig.

Quelle: Humboldt-Universität Berlin, „Who Wants What and Why? Public Preferences on Universal Basic Income“, 2024

Zustimmung zum Grundeinkommen in allen Parteien höher als Ablehnung

Die Zustimmung zum Grundeinkommen ist parteiübergreifend inzwischen höher als die Ablehnung. Mit Ausnahme der FDP, bei der Befürworter und Gegner etwa gleichauf liegen, überwiegt in allen anderen Parteien die Unterstützung, teils sogar deutlich. (Gleiche Quelle)

“Das zeigt, dass die öffentliche Meinung zu diesem Thema schon wesentlich weiter ist als die Positionen vieler Parteien. Mit unserem Volksentscheid gehen wir einen wichtigen Schritt voran, um diese Diskrepanz zu überwinden und die gesellschaftliche Diskussion weiter voranzutreiben“, so Laura Brämwig, Sprecherin der Initiative.

Mit Mythos aufgeräumt: Mit Grundeinkommen werden nicht alle Sozialleistungen abgeschafft

Die Fragen und Antworten in der Anhörung boten außerdem die Gelegenheit, verbreitete Mythen rund um das Grundeinkommen zu entkräften. So wurde betont, dass ein Grundeinkommen nicht bedeutet, Menschen ihrem Schicksal zu überlassen und alle Sozialleistungen abzuschaffen. Vielmehr eröffnet es die Möglichkeit, bestehende soziale Sicherungssysteme sinnvoll zu ergänzen und weiterzuentwickeln. Viele Leistungen, wie z.B. Hilfen für den Einstieg in den Arbeitsmarkt oder Eingliederungshilfen für Menschen mit Behinderungen, werden natürlich weiter bestehen, da sie ganz andere Bedürfnisse decken, als das Grundeinkommen.

„Ein Grundeinkommen allein macht die Welt nicht perfekt. Ich stimme vollkommen zu, dass zusätzliche Unterstützungsangebote, wie z.B. Hilfestellungen für den Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt, auch mit einem Grundeinkommen weiterhin notwendig sind. Wir leben in einem Sozialstaat mit vielfältigen Elementen, und wir müssen sorgfältig prüfen, welche davon auch mit einem Grundeinkommen weiterhin erforderlich sind.“ Laura Brämswig, Sprecherin der Initiative.

Grundeinkommen muss nicht die arbeitende Bevölkerung belasten

Auch die durch Abgeordnete Martens geäußerte Sorge, dass ein Grundeinkommen vor allem mittlere Einkommen belasten würde, wurde von Frau Brämswig mit dem Verweis auf verschiedene Finanzierungsformen, wie beispielsweise eine Vermögenssteuer, entkräftet. Frau Brämswig wies außerdem darauf hin, dass die Mehrheit der Befragten der oben genannten Studie eine Finanzierung über eine Vermögenssteuer befürwortet – eine Option, die wenig überraschend breite Zustimmung findet, da sie die arbeitende Bevölkerung nicht belastet.

„Eine Studie der Humboldt-Universität hat ergeben, dass die Mehrheit der Bevölkerung eine Finanzierung des Grundeinkommens durch eine Vermögenssteuer bevorzugt. Das ist verständlich, denn ein so finanziertes

Grundeinkommen würde die arbeitende Bevölkerung nicht belasten und vielen Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen netto mehr Geld bringen.“ Laura Brämswig, Sprecherin der Initiative.

Lernen aus internationalen Erfahrungen

Ein Höhepunkt der Anhörung war die Präsentation der Ergebnisse des aktuellsten internationalen Modellversuchs aus den USA (Illinois und Texas). Diese zeigte, dass ein Grundeinkommen:

- die Arbeitszeit der Teilnehmenden nur minimal reduzierte (1,3h)
- keine Abwanderung vom Arbeitsmarkt auslöste und
- positive soziale Effekte förderte, wie verbesserte Haushaltsplanung und Sparverhalten und mehr Weiterbildungen und Unternehmensgründungen

Quelle: Plattform t3n, „Sam Altman's UBI Pilot Study – Results and Impacts“, 2023, [Link](#)

Hamburg als Vorreiter

„Wir wollen Hamburg zur Vorreiterstadt machen und mit unserem Modellversuch wissenschaftlich fundierte Erkenntnisse sammeln“, betonte Gregor Schürmann, Vertrauensperson der Initiative. *„Unser Ziel ist es, die sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen verschiedener Ausgestaltungen des Grundeinkommens unter realen Bedingungen zu testen und somit die Grundlage für zukünftige, politische Entscheidungen zu schaffen.“*

Hamburg testet Grundeinkommen

Volksentscheid im Herbst

Die Initiator:innen arbeiten nun mit Hochdruck daran, die Hamburger Bevölkerung über die Chancen und Potenziale des Modellversuchs zu informieren. Der Volksentscheid ist für Herbst 2025 geplant.

Weitere Informationen und Pressefotos

Details zum Modellversuch, frei verwendbare Pressefotos und Hintergrundmaterial finden Sie unter:

hamburg-testet-grundeinkommen.de/presse-hamburg

Pressekontakt:

Hannah Seeger, Mobil: +49 176 21112111

E-Mail: frauseeger@guteleundefabrik.de